

Haushaltsrede 2008 Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Sehr geehrter BürgerInnen und Bürger,
Meine Damen und Herren,

Im Herbst 2007 sind Sie, Herr Hasenberg, als Bürgermeisterkandidat in den Wahlkampf gezogen mit dem Motto: Wetter braucht Stärke!

Auch wenn dieser Slogan für manchen Witz gesorgt hat: Wir können ihn inhaltlich nur bestätigen.

Sie sind am 11. November 2007 zum Bürgermeister der Stadt Wetter gewählt worden, nicht zuletzt, weil auch viele Bürgerinnen und Bürger der Ansicht waren: Wetter braucht Stärke!

Sie haben im Dezember einen Haushaltsentwurf in den Rat eingebracht, der ein Defizit von ca. 10 Mio € für 2008 auswies. Da haben dann alle Bürger und Bürgerinnen von Wetter verzweifelt gerufen: Wetter braucht Stärke! Dabei wussten sie nicht einmal: Es kommt noch schlimmer.

Im Januar 2008, bei Ihrem ersten Gespräch mit den Fraktionsspitzen, haben Sie den Worten Taten folgen lassen und eine Liste mit einschneidenden Sparvorschlägen vorgelegt. Stark war daran vor allem, dass die Fraktionen die Liste genau zwei Tage vor der Sitzung bekamen. Zur Erinnerung: Wir haben bereits im Oktober vorgeschlagen und beantragt, gemeinsam mit den Fraktionen eine solche Liste als Grundlage des Haushaltes zu erarbeiten. Stattdessen bekamen wir es jetzt mit einem Haushaltsentwurf und mit einer Sparliste zu tun, die einander in Teilen widersprechen.

Aber: Wir haben Ihnen, Herr Bürgermeister, bei Ihrer Wahl Unterstützung zugesagt, denn Wetter braucht Stärke, die mit Vernunft an einem Strang zieht. Und da wir Ihren Sparwillen unterstützen wollen, haben wir uns auf ihr etwas verwirrendes Verfahren eingelassen.

In Ihrer Liste haben Sie vorgeschlagen, fast sämtliche kulturelle Einrichtungen, die Grundschulen in Schmandbruch und Esborn, sowie in letzter Konsequenz auch das Hallenbad zu schließen. Die Fraktionsspitzen waren beeindruckt vom Sparwillen des Bürgermeisters, wenn auch nicht von den konkret vorgeschlagenen Maßnahmen. Alle Fraktionen begrüßten den Kurswechsel hin zum entschiedenen Sparen und versprachen unisono, auf ihre jeweiligen heiligen Kühe zu verzichten um Sparopfer zu bringen. Am Ende des Gesprächs waren alle Teilnehmer der Meinung: Wetter braucht Stärke und kann sie nun auch in der Person des neuen Bürgermeisters finden.

Gespannt waren wir auf das Presseecho. Die Teilnehmer des interfraktionellen Gesprächs sind selbstverständlich dazu verpflichtet, Stillschweigen über die Gesprächsinhalte zu bewahren, aber manchmal misslingt das dem einen oder anderen. Außerdem pflegt der jeweilige Bürgermeister in Wetter den schönen Brauch, wichtige Informationen für den Rat vorab an die Presse zu geben, um eine umfassende und aktuelle Information der Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen.

Zu unserer großen Überraschung wurden die einschneidenden Sparvorschläge in der Ortspresse mit keinem Wort erwähnt: es gab keine Presseerklärung, kein Interview, keinen Leserbrief, keine Glosse, ja noch nicht einmal ein Dementi, mit dem sonst brisante Themen erstmalig vorgestellt werden. Aus unserer Überraschung wurde aber Ratlosigkeit, als die Einladungen zu den Fachausschüssen mit den Vorlagen der Verwaltung eintrafen:

Weder die Sparliste des Bürgermeisters, noch die darin gemachten Vorschläge wurden zur Diskussion gestellt. Ausschussmitgliedern, die nicht an Fraktionen angebunden sind, wurden damit wichtige Informationen vorenthalten. In den Sitzungen haben die Vertreter der Verwaltung die Bürgermeistervorschläge nicht vorgetragen. Teilweise waren sie ihnen nicht

einmal bekannt! Auf unsere Bitte, die Liste in die Diskussion einzubringen, reagierten die jeweiligen Fachbereichsleiter und auch einige Ausschussvorsitzende gereizt. Ein SPD-Ausschussvorsitzender antwortete auf unser Ansinnen in öffentlicher Sitzung, er sei nicht bereit sich mit irgendeiner Liste irgendeiner Person im Ausschuss zu beschäftigen. Wohlgermerkt: er sprach von der Einsparliste des Bürgermeisters, die dieser den Fraktionen vorgelegt hatte! Ich kann nur sagen: Was da abgelaufen ist, war ein starkes Stück!

Entsprechend der Devise: Wetter braucht Stärke! haben die Grünen dann in den Ausschüssen die Punkte der Bürgermeisterliste, die ihnen sinnvoll erschienen, vorgetragen und beantragt. Wir haben uns nicht darüber gewundert, dass alle unsere Anträge durchfielen, denn zu diesem Zeitpunkt war das Chaos komplett. Das Ergebnis dieser mangelhaften Organisation war letztlich, dass eine weitere Fachausschussrunde eingeschoben werden musste.

Unerwartet bot die Kommunalaufsicht einen Ausweg aus der verfahrenen Situation: Nach Prüfung der Haushaltsunterlagen wurde Wetter bescheinigt, bereits 2008 in der Haushaltssicherung zu sein, und nicht erst, wie hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, ab 2009. Der Bürgermeister nutzte seine Chance in der Begründung, es müsse nun ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt und beraten werden. Er sagte – wie nach den vorherigen Pannen gar nicht anders möglich - die anstehende Haushalts-Hauptausschusssitzung ab und verwies die Beratungen zum Haushalt in die nächste Sitzungsrunde der Fachausschüsse. Von Stärke war dabei wenig zu sehen.

Der Bürgermeister hatte im Wahlkampf auch mehr Bürgerbeteiligung versprochen. Dieses Versprechen gedachte er nun dadurch einzulösen, dass er drei Bürgerversammlungen in verschiedenen Stadtteilen organisierte, um Verständnis für seine Sparvorschläge zu wecken. Wir haben Ihnen, Herr Bürgermeister, zu diesem erfreulichen Schritt zu mehr Transparenz und Bürgernähe unsere Hilfe angeboten, immer noch in dem Glauben, dass ernsthafte Sparbemühungen im Konsens von Politik und Verwaltung vertreten werden müssten. Diese Hilfe war nicht erwünscht, unser Erscheinen nicht gern gesehen aber so gerade noch geduldet. Wir haben trotzdem alle drei Bürgerversammlungen besucht und detailliert die Ankündigungen des Bürgermeisters, die Fragen der Bürgerinnen und Bürger und die Antworten der Verwaltung protokolliert. Trotz mehrfacher und eindringlicher Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger nach den vorgesehenen Sparmaßnahmen hat der Bürgermeister keinen der Vorschläge seiner Einsparungsliste vorgetragen. Nun beschwerten sich die Sportlerinnen und Sportler ebenso wie Eltern von Grundschulkindern und andere Betroffene, von den Sparbeschlüssen überrumpelt und viel zu spät informiert worden zu sein. Das ist ein starkes Ergebnis der Bürgerbeteiligung, Herr Bürgermeister.

Allerdings haben die Bürgerinnen und Bürger es sich nicht nehmen lassen, selbst Einsparvorschläge zu machen sowie Anregungen und Bedenken zu äußern. Darunter waren Vorschläge wie

- mehr interkommunale Zusammenarbeit auch bei Schule und Sport,
- Verwaltungsgebühren überprüfen,
- Mehr Budgetierung
- Mehr Altbausanierung statt Neubauten,
- Mehr Investitionen in den Sozialbereich,
- Verwaltungsstrukturen auf den Prüfstand,
- Einsparungen innerhalb der Verwaltung (Besetzungssperre, Teilzeitbeschäftigung), keine Neueinstellungen, alle Stellen durchleuchten.
- Beteiligung der Bürgerin und Bürger an den Betriebskosten der Sportanlagen,
- Rat suchen bei Städten, die schuldenfrei sind,

- Junge Familien unterstützen, Senioren stärker an Finanzaufwand und Ehrenamt beteiligen,
- Preisüberprüfung bei den Aufträgen für den Stadtbetrieb,
- Präventive Investitionen im Jugendbereich,
- Energiesparende Investitionen,
- Überprüfung der echten Einsparungen bei Leistungswegfall, wenn das Personal bleibt,
- Müssen 60 Dienstgebäude sein ?
- Zusätzliche Kosten durch vermeintliche Sparmaßnahmen, z.B. bei Schulschließungen, und so weiter.

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich schwerpunktmäßig gegen Schließungen und Leistungsabbau und für kostensparende Investitionen und interkommunale Zusammenarbeit ausgesprochen. Wann werden Sie diese Anregungen aufgreifen, Herr Bürgermeister?

Nur zur Erinnerung: Wetter braucht Stärke!

Dann wurde der erste Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes versendet. Zum ersten Mal wurden die vom Bürgermeister geplanten Einsparungen der Öffentlichkeit bekannt gemacht, soweit diese Öffentlichkeit Zugang zu den Einladungen und Vorlagen zu den Ausschusssitzungen hatte. Einer Tradition in Wetter entsprechend waren einige der genannten Konsolidierungsvorschläge eher Wunsch, Wille und Ziel, als realistische Maßnahme: So will der Bürgermeister durch die Schließung der Grundschule in Esborn nicht nur die Schule, sondern auch deren Schüler loswerden, da er auch die schülerbezogenen Kosten (Schülerbeförderung, Lernmittelzuschuss und Betreuungszuschuss) einzusparen gedenkt. Oder durch Überführen in die Rechtsform einer Genossenschaft möchte er beim Hallenbad jährlich 100.000 € einsparen. Wer möchte das nicht, aber es liegen weder Marktanalysen noch Befragungen noch irgendwelche Konzepte vor. Das ist übrigens ein sich abzeichnendes Kernproblem: Der Bürgermeister sieht nach eigener Aussage seine Aufgabe darin, strategische Entscheidungen (z.B. Sparziele) zu formulieren; die unangenehmen Detailentscheidungen, welche Schule oder welcher Sportplatz zu schließen ist, sei dann Aufgabe des Rates.

Herr Bürgermeister: mit der Gemeindeordnung in der Hand erinnere ich Sie daran, dass nach den gesetzlichen Vorschriften der Rat die strategischen Entscheidungen trifft, Ihre Aufgabe aber als Chef der Verwaltung darin besteht, diese Beschlüsse des Rates umzusetzen.

Aber zurück zum Haushaltssicherungskonzept:

In Esborn haben sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Schließungspläne Eltern zusammengesetzt und beraten, wie die geplante Schließung der Grundschule in Esborn verhindert werden könnte. Beeindruckt durch das Ausmaß des Widerstandes und die konstruktiven Ideen und Sparbemühungen der Esborner Eltern hat der Bürgermeister dann die Schließung der Schulen in Esborn und Schmandbruch abgesetzt, das durch die Schließung angeblich zu erzielende Einsparergebnis aber beibehalten. Damit gedenkt er die Eltern mindestens bis zu den Wahlen im Juni 2009 ruhig zu halten. Die Eltern in Esborn haben aber diese Pläne durchschaut und wissen, dass ein Einsparziel wenn auch ein viel geringeres als angesetzt, nur durch die Schulschließung erreicht werden soll und setzen sich weiter zur Wehr. Ohne eine nachhaltige, für alle befriedigende Lösung scheint es für die SPD beim Wahlkampf 2009 in Esborn ausgesprochen schwierig zu werden. Stärke zeigt hier nicht der Bürgermeister.

Interessant ist auch das Gewürge um den Lichtburgvertrag. Die Lichtburg möchte ihre bisherigen von der Stadt gezahlten Zuschüsse für die übertragenen Kulturaufgaben mit einem langjährigen Vertrag abgesichert haben, um unter anderem Personal damit zu

finanzieren. Konkret wollte die Lichtburg zusätzlich zu den bisher übernommenen Aufgaben auch die Treppenhauskonzerte übernehmen und dafür als Zuschuss die kompletten Aufwendungen der Stadt einschließlich der Verwaltungsgemeinkosten zusammen mit den übrigen Zuschüssen vertraglich über mindestens fünf Jahre absichern. Getreu dem Leitsatz: "Wetter braucht Stärke!" hat der Bürgermeister den Vertrag abgelehnt mit der Begründung, es sei keine Einsparung für die Stadt mit dem Vertrag verbunden. Der Schul-, Sport- und Kulturausschuss konnte über den Vertrag erst gar nicht beraten, weil zu Beginn der Sitzung ein völlig anderer Vertrag als Tischvorlage präsentiert wurde. In diesem Vertrag wurden die Treppenhauskonzerte von fünf auf zwei reduziert und der verlangte Zuschuss entsprechend herabgesetzt. Jetzt war der Bürgermeister und die SPD bereit, den Vertrag abzuschließen, obwohl noch immer kein Kostenvorteil für die Stadt in Sicht ist: Das Streichen von drei Treppenhauskonzerten hätte die Stadt auch selbst durchführen können. Außer einer Festschreibung von jetzigen und zukünftigen Vorschüssen enthält der Vertrag keinerlei bindende oder zu kontrollierende Leistungsverpflichtungen der Lichtburg. Der Bürgermeister hat die Unruhe der Ausschuss- und Ratsmitglieder über die Vertragsgestaltung richtig interpretiert und den Punkt an den Schul-, Sport- und Kulturausschuss überwiesen, um ihn aus der Haushaltsdebatte herauszuhalten. Ja, ja, Wetter braucht Stärke!

In jedem richtigen Drama gibt es auch ein retardierendes Moment, das die Spannung erhöht, vorübergehend Zweifel am erwarteten Ausgang weckt, aber dann zum alten Konzept zurückführt. In Wetter war das die unvermutete, aber nicht unwillkommene Steuernachzahlung, die sich einschließlich Zinsen auf ca. 11 Mio € belief. Diese erfreuliche Mitteilung wurde den Fraktionsspitzen im interfraktionellen Gespräch gemacht, aber noch früher wohl der Presse, denn am nächsten Tag stand alles in den regionalen Spalten der Zeitungen. Zwar bemühten sich Bürgermeister und Kämmerer, die allgemeine Freude zu dämpfen mit der Mitteilung, die Sparbemühungen müssten fortgesetzt werden, weil ein Teil des Geldes über die Gewerbesteuerumlage und die wegfallenden Schlüsselzuweisungen wieder aufgebraucht werde; es blieben aber netto gute 7 Mio € über, mit denen nunmehr Kredite abgelöst und Zinsen eingespart werden konnten.

Wirklich geändert hat sich damit an Wetters Haushaltsproblemen nichts. Das Ergebnis verbessert sich lediglich um die eingesparten Zinsaufwendungen. Es bleibt dabei, dass die Stadt ab 2009 planmäßig jedes Jahr ein millionenschweres Defizit einfährt. Es bleibt auch dabei, dass bis zum Ende des Haushaltssicherungskonzept im Jahr 2014, wenn erstmals der Haushalt wieder ausgeglichen sein soll, die allgemeine Rücklage, also das Eigenkapital der Stadt, zu mehr als zwei Dritteln aufgezehrt sein wird. Eine solche Situation erfordert Stärke.

Der Handlungsrahmen ist durch den Innenminister vorgegeben. Grundvoraussetzungen für ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept sind

- Vorlage eines umfassenden Personalkosteneinsparungskonzeptes und einer Liste der freiwilligen Leistungen
- Wiederbesetzungssperre für zwölf Monate
- Überprüfung der Organisationsstruktur und der Aufgaben der Verwaltung
- Keine Übernahme von Verpflichtungen zu freiwilligen Leistungen

Diese Voraussetzungen erfüllt das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept nicht:

- Es liegt uns ebenso wenig ein Personaleinsparungskonzept vor wie eine Liste aller freiwilligen Leistungen.
- Trotz der Wiederbesetzungssperre soll eiligst die Stelle eines Juristen neu besetzt werden, wenn auch in Teilzeit.

- Die Überprüfung der Organisationsstruktur ist dringend nötig, vor allem angesichts einschneidender Veränderungen im Kulturbereich, ist uns aber auch nicht vorgelegt worden.
- Und schließlich ist beabsichtigt, unabhängig von der Haushaltssituation mit dem Lichtburgvertrag eine langfristige Verpflichtung zur Bezahlung sehr wünschenswerter, aber nicht notwendiger kultureller Leistungen einzugehen. Das wird als Sparmaßnahme verkauft. In Wirklichkeit wird nur durch die Reduzierung der Treppenhauskonzerte gespart, die die Stadt auch selbst vornehmen könnte. Wohlgedemerk: Wir wünschen uns ein reges und buntes kulturelles Leben in Wetter und haben Verständnis für den Wunsch der Lichtburg, sich abzusichern. Aber wir können und dürfen uns in der gegenwärtigen Situation nicht langfristig und in einem derart einseitigen Vertrag dazu verpflichten. Überdies ist es schwer zu erklären, wenn wir alle anderen Vereine finanziell belasten und größeren Risiken aussetzen und einzig – auf Kosten der anderen Vereine? - die Lichtburg langfristig absichern. Dem Stadtverband für Leibesübungen nehmen wir die Geschäftsführung und der Lichtburg sichern wir auf Jahre Personalkosten?

Aber auch aus anderen Gründen ist aus unserer Sicht das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig. Es enthält Einsparsummen, die ganz offensichtlich nicht zu erreichen sind

- Bereich Grundschulen: Von den geplanten 368 000 € pro Jahr Einsparungen im Primarbereich sind allenfalls 120 000 € zu realisieren, es sei denn, s.o. man schafft mit der Schule auch die Schüler ab.
- Hallenbad: Im Hasiko stehen zwei Fantasie-Sparziele: 100 000 € jährlich sollen durch die Überführung des Bades in eine Genossenschaft gespart werden, 20 000 € durch Innenwerbung. Beide Zahlen sind so rund, dass man ihnen schon von weitem ansieht, dass sie ohne Konzepte und Analysen gegriffen sind. Das gilt übrigens auch für den Posten „Werbung auf Briefumschläge“. Das fehlende ‚n‘ wurde allerdings wohl schon eingespart.
- Personal: Einige Konsolidierungsmaßnahmen leiten ihren Einspareffekt aus dem Abbau von Personalaufwendungen ab. Solange nicht dargestellt ist, dass diese Personen mit Wegfall ihrer bisherigen Aufgaben aus der Verwaltung ausscheiden bzw. Aufgaben von Personen übernehmen, die ausscheiden, liegt keine echte Einsparung vor.

Der starke Sparwille unseres neuen Bürgermeisters hat auf seinem Weg durch die Amtsstuben deutlich an Kraft verloren. Als Sturm wollte er an den Türen rütteln. Er hat ein bisschen Staub aufgewirbelt. Aber der ist inzwischen auf seinen angestammten Platz zurückgesunken. Entstanden ist ein schwächelndes Haushaltssicherungskonzept, das wir übrigens in seiner neuesten Version erst seit heute kennen: Weitreichende und langfristige Sparbeschlüsse mit gravierenden Wirkungen für unsere Stadt erhalten wir als Tischvorlage, man glaubt es kaum. Ich kann nur sagen: Auch das ist wahrlich keine starke Leistung.

Dieses Haushaltssicherungskonzept verfährt - soweit wir es kennen - nach dem alten, aber leider eben nicht bewährten Prinzip: Es werden Maßnahmen dargestellt, die angeblich? keiner will. Es werden Summen aufgestellt, die nicht erreichbar sind. Aber hinten stimmen die Zahlen und das genügt. – Aber wir sagen: Nein, das hat noch nie genügt, sonst wäre unsere Haushaltssituation nicht so schlecht. Und das wird in Zukunft auch formal nicht mehr genügen, denn andernorts hat der Wind gedreht. Die Kommunalaufsicht hat uns schon im letzten Jahr gezeigt, dass die alte Kumpanei der Scheinkonsolidierung vom neuen Regierungspräsidenten hinweggefegt worden ist. Und wenn er weiterhin gewillt ist, die Gesetze Ernst zu nehmen, dann kann er auch dieses Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigen.

Ja, jetzt ist der Punkt gekommen, wo in den Köpfen das trotzige oder interessierte Fragezeichen auftaucht: Was hätten die Grünen denn wohl besser machen wollen oder können in dieser schwierigen Lage? Was gäbe es denn an konkreten Vorschlägen außer dem üblichen Gemecker?

Nun ist es nicht gerade die Aufgabe derer, die die bisherige Haushaltspolitik stetig kritisiert und abgelehnt haben, die Folgen eben dieser Politik auszubügeln. Aber wir wollen im Interesse unserer Stadt Wetter nach vorne blicken und werden daher in der gleich folgenden Debatte unsere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung einbringen. Dabei sind uns vor allem zwei Punkte wichtig:

1. Einsparungen erfordern eine Überprüfung der Organisationsstrukturen. Dazu gehört eine kritische Überprüfung von Aufgaben und Personal, dazu gehört auch, Doppelstrukturen zu vermeiden. Nicht jede Kommune muss alle Leistungen vorhalten. Interkommunale Zusammenarbeit kann zu erheblichen Entlastungen führen. Dazu gehört auch endlich ein Raumkonzept zur Beendigung von Leerständen in städtischen Gebäuden. Und dazu gehört ein realistischer und sachlicher Blick auf unsere Feuerwehr. Keine Kommune unserer Größenordnung und in unserer Haushaltslage kann sich fünf Feuerwachen leisten. Wir sind fest davon überzeugt, dass Wetters Freiwillige Feuerwehr mit ihrer vorbildlichen Einsatzbereitschaft ihre Aufgabe auch hervorragend erfüllt, wenn Volmarstein und Grundschöttel von einer Wache aus abgedeckt werden.--- Nicht mit einer sparsamen Organisationsstruktur zu vereinbaren und im Übrigen auch ein Verstoß gegen die Regelungen zum Haushaltssicherungskonzept sind Beförderungen, neue Stellen und Neueinstellungen vor Ablauf der zwölfmonatigen Wiederbesetzungssperre. Auf unser größtes Unverständnis stößt angesichts der übrigen geplanten Sparmaßnahmen der Versuch, eine neue A -15 – Stelle in der Verwaltungsspitze zu installieren, die noch dazu erst durch weitere Stellenanhebungen ermöglicht wird. Herr Bürgermeister, hier sind Sie aufgefordert, Stärke im eigenen Hause zu zeigen, sonst werden Sie angesichts der massiven Einschnitte, die der Bürgerschaft zugemutet werden sollen, unglaubwürdig!
2. Wir müssen investieren um zu sparen. Die städtischen Gebäude verschlingen jährlich Millionensummen durch zu hohe Energieverbräuche. Wir haben Schulen mit Einfachverglasungen und so maroden Fensterrahmen, dass man hindurchfassen kann. Wir haben Turnhallen mit Deckenheizungen und überalterten Heizungsanlagen. Investitionen in diesem Bereich rechnen sich in wenigen Jahren – und mindern natürlich auch den CO²-Ausstoß. Das Land und der Bund bieten zurzeit für finanzschwache Kommunen eine Förderung energiesparender Investitionen vor allem in Schulen und Kindertagesstätten von 66%. Das macht die Investitionen noch lohnender.

Diese Punkte sind unerlässlich für langfristiges Sparen. Ein Allheilmittel sind sie nicht. Die eigenen, ernsthaften Sparbemühungen der Stadt können nur erfolgreich sein, wenn im Land eine Abkehr von der kommunalfeindlichen Politik der letzten Jahre stattfindet. Es kann nicht sein, dass der Landeshaushalt weiter auf Kosten der Kommunen saniert wird. Bei sinkenden Sätzen für die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz und der Übertragung von Aufgaben ohne entsprechende Mittelzuweisungen kann kein städtischer Haushalt saniert werden.

Aber wir wollen nicht nur klagen und hoffen. Wir haben uns auf die Suche nach weiteren Möglichkeiten zur Notrettung unseres Haushaltes gemacht. Vor Jahren schon haben wir dem Kämmerer einen Lottoschein spendiert, weil die Wahrscheinlichkeit im Lotto zu gewinnen größer erschien als die Chance, mit dem vorgestellten Haushalt die städtischen Finanzen zu sanieren. Leider hatten wir keinen Erfolg. Er bekanntlich auch nicht. Auch Swap-Geschäfte sind nach dem Hagener Desaster nicht mehr angesagt. Daher haben wir unsere Sparstrümpfe

umgekrempelt und unsere letzten Pfennige zusammengekratzt, um sie der notleidenden Stadt zu spenden.

Unter dem Leitspruch „Wenn jeder dem Andern helfen wollte, wäre Allen geholfen“ und mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 21. August 1923 haben wir so neun Millionen 600 000 zusammengekriegt. Dieses Notgeld der Stadt Wetter (Ruhr) ist laut Aufdruck einzulösen „an den in den Tageszeitungen noch bekanntzugebenden Tagen bei der Stadtkasse und Sparkasse in Wetter (Ruhr)“.

Dies ist echtes Notgeld der Stadt Wetter, Herr Bürgermeister und meine Damen und Herren.. Mit 9,6 Millionen kommen wir voraussichtlich immerhin durch das Jahr 2009. Und noch haben wir ja die Hausdruckerei und können angesichts der heutigen Notsituation eine Neuauflage herstellen. Problematisch könnte es allerdings werden, die Genehmigung des Regierungspräsidenten zu bekommen. Aber mit dieser Art von Verhandlungen – und damit schließt sich der Kreis – sind Sie ja bestens vertraut. Wir wünschen Ihnen dazu viel Glück.